

«Personenfreizügigkeit ist ein Ventil»

George Sheldon, Professor für Arbeitsmarktökonomie, über die tiefe Arbeitslosigkeit

Von Christoph Hirter

BaZ: Herr Sheldon, die Arbeitslosigkeit ist so tief wie seit zehn Jahren nicht mehr. Dies zeigen die gestern veröffentlichten Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft. Was sind die Gründe?



George Sheldon:

Die Erklärung ist einfach: Die Konjunktur hat sich erholt. Blickt man ein paar Jahre zurück, so sieht man, dass es neben der Finanzkrise zwei weitere Ereignisse gab, die zu höherer Arbeitslosigkeit führten. Zum einen die starke Aufwertung des Frankens im Jahr 2011. Zum anderen die Aufgabe des Euro-Mindestkurses im Januar 2015. Die Probleme, welche die Arbeitslosigkeit steigen liessen, wurden nun beseitigt. Der Wechselkurs zum Euro liegt seit Monaten bei 1.16, und auch die Konjunktur hat sich erholt. Entsprechend ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Hinzu kommt, dass auch in Deutschland die Konjunktur heiss läuft, was sich auf die Schweiz überträgt.

Ökonomen erwarten, dass die Schweizer Wirtschaft 2018 mit rund zwei Prozent wachsen wird. Dies dürfte dem Arbeitsmarkt weiteren Aufschwung verleihen. Kann die saisonbereinigte Arbeitslosenquote noch weiter sinken?

Auf jeden Fall. Mein Frühindikator deutet darauf hin, dass die Arbeitslosenquote im November saisonbereinigt auf 2,4 Prozent zu liegen kommt. Allerdings dürfte sich das Tempo des Rückgangs verlangsamen: Während die Arbeitslosigkeit im April und Mai stark zurückging, schwächte sich die Dynamik im Juni etwas ab. Vor diesem Hintergrund ist nicht mehr mit einem grossen Rückgang zu rechnen. Aber 2,4 Prozent ist doch eine ganze anständige Zahl.

«Ein Fachkräftemangel äussert sich eher in hoher Zuwanderung als in tiefer Arbeitslosigkeit.»

Ist die tiefe Arbeitslosigkeit ein Hinweis für einen Fachkräftemangel?

Es ist unbestritten, dass Schweizer Firmen nach Arbeitskräften suchen. Viele Personen haben denn auch eine Beschäftigung gefunden. Unter den registrierten Arbeitslosen sind aber viele Niedrigqualifizierte, was ich nicht per se als ein Signal für einen Fachkräftemangel interpretiere, sondern vielmehr für einen Arbeitskräftemangel. Ein Fachkräftemangel äussert sich eher in einer höheren Zuwanderung als einer tiefen Arbeitslosigkeit. Der Ausländerbestand in der Schweiz ist im vergangenen Jahr um 30 000 Personen gestiegen – im Vergleich zu früheren Jahren ist das ein leichter Anstieg.



Ein Kommen und Gehen. Laut George Sheldon sind die Arbeitsverhältnisse im Gastgewerbe besonders instabil. Foto Keystone

Die tiefe Arbeitslosigkeit ist für Schweizer Angestellte ein gute Nachricht. Dürfen sie mit steigenden Löhnen rechnen?

Ich rechne mit einer leichten Erhöhung. In der Schweiz verhindert aber die Zuwanderung, dass die Löhne stark steigen können. Die Personenfreizügigkeit wirkt wie ein Ventil auf den Arbeitsmarkt: Wenn Stellen nicht besetzt werden können, werden die Personen im Ausland gesucht. Das war auch in den 90er-Jahren zu beobachten, als die Kontingente so gross bemessen waren, dass sie nie ausgeschöpft wurden. Wenn ein Land diese Möglichkeit hat, kann es abwägen, ob man die Löhne erhöhen oder Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutieren will. Die Löhne dürften nun etwas steigen, aber nicht stark. Übrigens konnte man in den Ländern der OECD feststellen, dass sich der gegenwärtige Aufschwung noch kaum auf die Löhne ausgewirkt hat, obwohl die Arbeitslosigkeit tief ist. Für die Wissenschaftler ist das allerdings rätselhaft. In der Schweiz ist dieses Phänomen nicht so ausgeprägt, weil man die Zuwanderung hat.

Haben Sie eine Vermutung, weshalb die Löhne etwa in Deutschland nicht steigen, obwohl die Wirtschaft kräftig wächst?

Eine Erklärung ist, dass die Gewerkschaften an Einfluss verloren haben. Aber das ist bloss eine Hypothese. Eine richtig schlüssige Antwort kenne ich nicht.

Seit Anfang Juli ist die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative in Kraft. In Branchen mit einer hohen Arbeitslosigkeit müssen freie Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) gemeldet werden. Könnte sich dies auf die Arbeitslosigkeit auswirken?

Ich glaube, dies wird keinen Einfluss haben. Eine hohe Arbeitslosigkeit in einer Branche kann bedeuten, dass man entweder sehr lange suchen muss oder dass die Arbeitsverhältnisse sehr instabil sind. Das ist etwa im Gastgewerbe oder auf dem Bau der Fall, in denen ein Kommen und Gehen herrscht. Dies führt dazu, dass die Arbeitslosigkeit in diesen Branchen hoch ist. Die hohe Arbeitslosigkeit hängt mit der Instabilität der Arbeitsverhältnisse zusammen und nicht damit, dass man keine Arbeitskräfte findet. Deshalb erwarte ich nicht, dass die Massnahme viel bewirkt.

Die Massnahme verkommt also zu einem Papiertiger?

Es kursiert dieses klischeehafte Bild, dass in den meldepflichtigen Berufen die Leute herumstehen und auf eine Anstellung warten. Aber das ist eine falsche Darstellung der Situation. Vielmehr ist es der Fall, dass die an und für sich leicht vermittelbaren Stellen in den betreffenden Berufen nicht lange gehalten werden. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit dort hoch – und nicht, weil keiner eine Stelle findet.

George Sheldon ist emeritierter Professor und Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industriökonomik am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel. Er gehört zu den gefragtsten Spezialisten zum Thema Arbeitsmarkt.

Arbeitslosenquote bleibt auf Zehnjahrestief

Bern. Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist im Juni auf ihrem Zehnjahrestief geblieben. Insgesamt waren wie im Mai 2,4 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet. Damit dürfte auch der Jahrestiefpunkt markiert sein. Ab Juli oder August wird es aus saisonalen Gründen mit den Zahlen bergauf gehen. Im Sommer schliessen viele Jugendliche die Schule oder Lehre ab und gehen auf Jobsuche. Saisonbereinigt verharrte die Arbeitslosenquote im Juni bei 2,6 Prozent. Insgesamt waren 106 579 Personen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) arbeitslos gemeldet. Das sind 2,6 Prozent weniger als im Vormonat und ein Fünftel weniger als im Vorjahr, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mitteilte. Die Zahlen sind keine Überraschung. Die meisten von der Nachrichtenagentur AWP befragten Ökonomen rechneten damit. Normalerweise fällt die Arbeitslosen-

quote im Juni im Vergleich zum Mai. Zu dieser Jahreszeit blühen das Bau- und das Gastgewerbe auf und stellen fleissig ein. Auch diesen Juni fiel die Zahl der Arbeitslosen in diesen Branchen um je rund 1000 Personen. Allerdings war der Rückgang wegen eines statistischen Sondereffekts abgeschwächt, wie Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit im Seco, erklärte. In den beiden Basel hat sich die Arbeitslosenquote im Juni unterschiedlich entwickelt: Während sie in Basel-Stadt bei 2,1 Prozent verharrte, sank sie in Basel-Stadt um 0,2 Punkte auf 3,2 Prozent. Im Vergleich zum Juni des Vorjahres wurde in Basel-Stadt ein Rückgang von 366 Personen verzeichnet; im Baseltal resultierte ein Minus von 1065 Personen. Das Angebot an gemeldeten offenen Stellen stieg im Juni in Basel-Stadt gegenüber dem Vormonat um 105 auf 329 und in Baseltal um 50 auf 328. SDA

BMW will Preise in China erhöhen

Konsequenz aus Handelskrieg

München. Der Autobauer BMW will wegen geplanter höherer Einfuhrzölle auf US-Autos in China seine Preise in der Volksrepublik anheben. «BMW China wird nicht in der Lage sein, die Zollerhöhungen für importierte Autos aus den USA komplett zu absorbieren», erklärte ein Sprecher des Dax-Konzerns gestern in München. «Derzeit kalkulieren wir in dem Zusammenhang nötige Preiserhöhungen.» Momentan bleibe es aber noch bei den aktuellen Listenpreisen für die Händler. Die neuen Preise werden später veröffentlicht.

China hat als Reaktion auf US-Strafzölle eine Anhebung der Zollsätze für Autos aus den USA auf 40 Prozent angekündigt. Für den Rest der Welt hat Peking die Zölle hingegen zum 1. Juli von 25 auf 15 Prozent gesenkt.

BMW baut in seinem grössten US-Werk in Spartanburg (South Carolina) die Autos der SUV-Modelle X3 bis X6, die auch nach China exportiert werden. Seit Mai ist im chinesischen BMW-Werk in Shenyang auch die Produktion des X3 angelaufen, von dem nun keine Fahrzeuge mehr aus den USA nach China exportiert werden.

Auch der Oberklasse-Rivale Daimler hat Probleme mit den Sonderzöllen Pekings auf US-produzierte Wagen. Mitte Juni senkten die Stuttgarter ihre Jahresprognose für das operative Konzernergebnis und verwiesen vor allem auf die Zölle in China. Daimler baut im US-Werk in Tuscaloosa (Alabama) die Mercedes-SUVs GLE und GLS und exportiert diese nach China.

Die erhöhten Einfuhrtarife in China würden zu einem geringeren Absatz als geplant führen, hiess es in der Gewinnwarnung. Zudem könnten die höheren Kosten nicht vollständig an die Kunden weitergegeben werden.

Volkswagen ist von dem Zollstreit zwischen den USA und China bislang kaum betroffen. In den USA baut VW den Passat und den neuen SUV Atlas für den nordamerikanischen Markt. Den Golf und den Jetta für Nordamerika fertigt Volkswagen im mexikanischen Pueblo. Die Konzerntochter Audi baut im mexikanischen San José Chiapa den SUV Q5, aber auch in China. SDA

Nissan räumt Messfehler ein

Unstimmigkeiten bei Abgastests

Tokio. Der Autobauer Nissan hat in fast allen Werken Fehler bei der Abgas- und Spritverbrauchsmessung entdeckt. Die Testumgebungen entsprächen nicht den Vorschriften, teilte das Unternehmen gestern mit. Die Ergebnisse beruhen damit auf veränderten Messmethoden. Das sei bei eigenen Überprüfungen aufgefallen. Bis Ende Juli solle das in Ordnung gebracht werden.

Der Aktienkurs des Autobauers sackte an der Börse in Tokio um mehr als vier Prozent ab und zog in Europa auch die Titel seines Partnerunternehmens Renault in Mitleidenschaft. Renault hält 43 Prozent an Nissan. SDA

Swisscom testet 5G-Netz für entlegene Orte

Wer keine Chance auf Kabel- oder Glasfaseranschluss hat, hofft auf die Mobilfunk-Innovation

Zürich. Bis Ende Jahr führt Swisscom die neue Mobilfunkgeneration 5G in der Schweiz punktuell ein. Schon jetzt testet das Telekom-Unternehmen in der Berner Berggemeinde Guttannen verschiedene Anwendungen. Der Test läuft bis Ende Jahr, teilte die Swisscom gestern mit.

In der Gemeinde Guttannen, die zwar nur 300 Einwohner zählt, aber mit 200 Quadratkilometern zu den grössten Gemeinden des Kantons Bern gehört, wird es trotz Anschluss an die Glasfaser-Hybridtechnologie «Fibre to the Street» (FTTS) immer auch Gebäude geben, die aufgrund ihrer abgelegenen Lage nicht von diesem Ausbau profitieren und deshalb anders erschlossen werden müssen. Hier würden die 5G-Möglichkeiten mit Fixed

Wireless Access (FWA) und Beamforming ins Spiel kommen, schreibt Swisscom. FWA bindet einzelne Gebäude und Wohnungen über Mobilfunk an schnelles Internet an.

Strahlen folgen dem Nutzer

Beamforming werde künftig erlauben, dass Funkstrahlen einem Nutzer folgen können und somit eine noch effizientere Datenübertragung gewährleisten. Diese 5G-Funktion habe Swisscom in Guttannen ebenfalls getestet. Die Messresultate würden die theoretisch berechneten Effizienzsteigerungen bestätigen, jedoch würden strenge Grenzwerte einen effizienten Einsatz von Beamforming verhindern.

Swisscom hat in Guttannen eine zusätzliche Mobilfunkantenne instal-

liert. Diese sendet im 3,5-Gigahertz-Frequenzbereich, gleich wie dies das superschnelle 5G-Netz tun wird. Drei Testkunden wurden mit dem entsprechenden Equipment ausgestattet und nutzen teilweise die künftigen 5G-Services.

Swisscom mit Test nicht allein

Swisscom ist mit ihrem Test der neuen Mobilfunkgeneration nicht allein. Bereits Ende Juni hatte Sunrise in Zürich-Oerlikon zu Testzwecken eine 5G-Antenne in Betrieb genommen.

Wie Swisscom plant auch Sunrise, den definitiven Betrieb von 5G im ländlichen Raum zu starten. Es werde ein Ort sein, wo Sunrise keinen Zugang zu Glasfasern habe und wo die Handyantennen noch nicht am Anschlag der

Strahlungsgrenzwerte seien, teilte Sunrise mit.

Für ihre Testbetriebe haben Swisscom und Sunrise Ausnahmebewilligungen des Bundesamts für Kommunikation (Bakom) erhalten. Die Ausschreibung für die definitiven Konzessionen läuft derzeit. Das Eidgenössische Kommunikationskommission (Comcom) hatte am Freitag bekannt gegeben, dass die Telekomkonzerne ihre Bewerbungsdossiers noch bis zum 5. Oktober einreichen können.

Das Bieterrennen um die Frequenzen beginnt bei 220 Millionen Franken. Dies ist der Minimalpreis, wenn es für alle Frequenzen eine Nachfrage gibt. Die Auktion der Frequenzen soll im Januar 2019 stattfinden. SDA

EU nähert sich Inflationsziel

Teuerung bei zwei Prozent

Frankfurt. EZB-Präsident Mario Draghi sieht die Notenbank auf Kurs in Richtung ihres Inflationsziels. Die Europäische Zentralbank sei hier mittlerweile zuversichtlicher, sagte Draghi gestern im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments. Trotz einer Abkühlung des Wachstums zu Jahresbeginn sei das wirtschaftliche Fundament weiterhin solide.

Die Verbraucherpreise waren im Juni um 2,0 Prozent gestiegen. Die EZB strebt eine Teuerung von knapp unter zwei Prozent an, hat dieses Ziel in den letzten Jahren aber meist verfehlt und verfolgt daher eine extrem lockere Geldpolitik, um für mehr Inflation zu sorgen. Die Marke von knapp zwei Prozent gilt als ideal für die Wirtschaft. SDA